

Mitteilung

im: **Sozialausschuss**

Betreff: Einnahmen und Ausgaben bei den Zusatzjobs

Bezug: Haushaltsberatungen

Anlagen: 0 Bezeichnung:

Die Verwaltung teilt mit:

In den Haushaltsberatungen wurde nach den Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung für Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3, SGB II gefragt. Dazu teilt die Verwaltung mit:

Im Jahr 2006 wurden in der Stadtverwaltung durchschnittlich 20 Personen in Arbeitsgelegenheiten nach §16, Abs. 3, SGB II, so genannten 1-Euro-Jobs, beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten schwankte zwischen 18 und 24 Personen. Die Beschäftigten erhalten für ihre Tätigkeit eine Mehraufwandspauschale von 1.50 Euro pro geleisteter Arbeitsstunde. Die Verwaltung erhält für den zu leistenden Verwaltungsaufwand, für die Übernahme der Fahrtkosten und für Fortbildungen zusätzlich 1 Euro pro Stunde.

Im Jahr 2006 erhielt die Verwaltung von der Arge insgesamt 50 418 Euro an Erstattungen. Die Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

Mehraufwandsentschädigungen	29.113 €
Fahrtkosten	4. 419 €
Kosten für Fortbildungen	835 €
Weihnachtsgeld	1.000 €
Ausgaben insgesamt	35.367 €

Für Verwaltungsaufgaben verblieben der Universitätsstadt Tübingen im Jahr 2006 ca. 15.000 Euro.

Der Arbeitsaufwand der direkt mit der Verwaltung beschäftigten Mitarbeiter/innen war im Jahr 2006 mit ca. 10 Stunden pro Woche anzusetzen, davon etwa 8 Stunden für die Sachbearbeitung und 2 Stunden für die Fachbereichsleitung.

Aufwand Sachbearbeitung	$16 \text{ €} \times 8 \times 52 =$	6.656 €
Aufwand Leitung	$30 \text{ €} \times 2 \times 52 =$	1.560 €

Somit verbleibt ein rechnerischer Überschuss von ca. 7.000 €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Summen der Zeitaufwand für die Anleitung bei den Beschäftigungsstellen selbst (Kindergärten, Stadtmuseum, Bücherei) ebenso wenig berücksichtigt ist wie die Arbeitszeit anderer Teile der Verwaltung, etwa durch die regelmäßig angebotene Fortbildung über die Aufgaben und Strukturen der Stadtverwaltung.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans rechnete die Verwaltung mit folgenden Entwicklungen:

- Die Zahl der Zusatzjobber wird sich reduzieren, weil die Beschäftigten schneller vermittelt werden und die Stellen deshalb häufiger vakant sind. Diese Entwicklung ist jetzt schon bemerkbar. Von 5 in den letzten 2 Monaten neu begonnenen Maßnahmen wurden bereits 2 Personen in reguläre Stellen vermittelt.
- Der Fortbildungsbedarf wird steigen. Diejenigen, die länger in Zusatzjobs verbleiben, haben einen höheren Fortbildungsbedarf. So sind für das Jahr 2007 bereits ca. 900 € für Fortbildungen verplant, davon 600 € für einen Schweißkurs und je 150 € für EDV-Fortbildungen.

Die Verwaltung beabsichtigt, die im Jahr 2006 nicht benötigten Mittel in das Jahr 2007 zu übertragen, um mehr Mittel für Fortbildungen zur Verfügung zu haben.